

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Wieder Energie und Wasser

Mit Hilfe der Nichtregierungsorganisation ACTED wurde im Ghorband-Tal zwischen Kabul und Bamian in 2.500 m Höhe eine Kohlegrube wiedereröffnet. Sie soll 450 Tonnen Kohle pro Jahr für Krankenhäuser in Kabul liefern. Mit der 'Islamischen Partei' des Gulbuddin Hekmatyar vereinbarte die Kabuler Regierung unter Interimspräsident Burhanuddin Rabbani die Wiederaufnahme der Stromversorgung vom Kraftwerk Mahipar aus, das östlich von Kabul am gleichnamigen Fluß gelegen ist. Auch die seit Jahren unterbrochene Trinkwasserversorgung soll wieder hergestellt werden. Ein entsprechendes Projekt plant die Hilfsorganisation OXFAM, unter anderem mit schwedischen Entwicklungshilfegeldern.

Die Aufnahme von Stromlieferungen von seinem Wasserkraftwerk in Mary aus nach Herat, das von den regierungsfeindlichen Taleban kontrolliert wird, prüft hingegen gegenwärtig die Regierung Turkmenistans. Das berichtete die Nachrichtenagentur 'Turkmen Press'.

"Kulturrevolution" der Taleban

Die islamistische Bewegung der Taleban, die fast die Hälfte Afghanistans beherrscht, zerstörte in der westafghanischen Stadt Herat Fresken und Statuen des Künstlers Ustad Marschal, meldete 'Voice of America' Anfang Mai. Sie seien "unislamisch", hieß es. In der südafghanischen Stadt Kandahar zerstörten die Taleban ein Kino, um an der Stelle eine Moschee zu errichten. Bereits im April hatte der Taleban-Gouverneur von Herat angeordnet, daß seine Funktionäre Bart und Turban zu tragen hätten.

Afghanistan-Veteranen hingerichtet

Vier saudische Bürger, die im November 1995 einen Anschlag auf eine US-Militäreinrichtung in der Hauptstadt Riad verübten, wurden dort öffentlich enthauptet. Das gaben die Behörden Saudi-Arabiens Ende Mai bekannt. Zuvor legten die Hingerichteten in einer Fernsehsendung ein Geständnis ab. Drei der vier erklärten, sie hätten unter den arabischem Mudshahedin am Afghanistan-Krieg teilgenommen und seien dann in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie waren bei einer Razzia unter saudischen

Afghanistan-Veteranen gefaßt worden, bei der über 1.000 Personen verhaftet worden waren. Auch der Hauptverdächtige des Anschlags auf den ägyptischen Präsidenten Mubarak im Juni 1995 in Addis Abeba, Hamza, hält sich in Afghanistan auf. Er gab der Zeitung 'al-Hayat' ein Interview in einem Dorf bei Dshalalabad in Ostafghanistan. Auch Hamza hatte in Afghanistan auf Seiten der Mudshahedin gekämpft.

Riskanter Pipeline-Bau

Am 8. Mai verbreitete Radio Kabul eine Erklärung der afghanischen Regierung, wonach die Ausbeutung von Bodenschätzen in Afghanistan einschließlich des Baus von Ölpipelines ohne Zustimmung Kabuls "illegal" sei. Dies steht offenbar mit Plänen eines Konsortiums der US-Firma 'UNOCAL' und der saudischen 'Delta Oil' im Zusammenhang, die eine Gasleitung von Turkmenistan durch Afghanistan plant, die durch Gebiete verlaufen soll, die von den Taleban kontrolliert werden. In Pakistan soll die 1.300 Kilometer lange Leitung zum Sui-Gasfeld und einem Hafen an der Küste des Indischen Ozeans führen. Das Gas soll an Pakistan und Japan geliefert werden.

Mitte Mai unterzeichneten die Staatschefs Turkmenistans, Pakistans, Usbekistans und auch Afghanistans Interimspräsident Rabbani während des Gipfeltreffens der mittelasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft ECO in der turkmenischen Hauptstadt Aschhabad ein Memorandum über den Bau der Pipeline.

USA wollen Waffenembargo

Die USA erkunden gegenwärtig die Möglichkeit eines UN-Waffenembargos gegen alle afghanischen Kriegsparteien, um den 17jährigen Krieg zu beenden. Das habe die für Südasien zuständige Vizeaußenministerin Robin Raphel während eines Hearings im US-Kongreß am 9. Mai erklärt. "Es scheint sich ein Konsens abzuzeichnen", erklärte sie dort. Bereits im April hatte US-Senator Hank Brown aus Colorado in Kabul Gespräche mit Rabbanis Militärchef Ahmad Schah Massud und Außenminister Nadshibullah Lafrayi sowie in Kandahar mit den Taleban geführt.

Gemeinsam mit UNO-Vertretern versucht Raphel auch, eine Friedenskonferenz aller afghanischen Fraktionen im

ostafghanischen Dshalalabad zu organisieren, schrieb die 'Far Eastern Economic Review'. Dem Bericht zufolge habe Raphel nach einer Rundreise durch die Region die Zustimmung Pakistans, Indiens und der fünf mittelasiatischen GUS-Republiken sowie indirekt von Iran für das Embargo erhalten. Rußland habe es abgelehnt. Auch Präsident Rabbani sei gegen das Embargo, weil es ihn benachteilige. Während Kabul nur aus der Luft versorgt werden kann, kontrollieren seine Gegner ausgedehnte Grenzgebiete und es wäre sehr viel schwieriger, sie daran zu hindern, Waffen von ihren Hintermännern zu empfangen.

Ein Waffenembargo hatte bereits am 10. April der UNO-Sicherheitsrat vorgeschlagen. Taleban-Chef Amir Khan Muttaqi hingegen forderte die USA auf, ein Embargo gegen die Kabuler Regierung zu verhängen, um Interimspräsident Rabbani zum Rücktritt zu zwingen.

Taleban für Frieden?

Eine Delegation der Taleban rief auf einer Pressekonferenz am 22. Mai in Bonn zur Beendigung des Blutvergießens und zu freien Wahlen in Afghanistan auf, meldete die FAZ. Es sei an der Zeit, eine stabile und starke Regierung zu ermöglichen, erklärten die Taleban. Sie seien bereit, mit Vertretern aller Gruppen über eine friedliche Lösung zu verhandeln. Interimspräsident Rabbani warfen sie vor, er werde von Rußland, Iran und Indien mit Waffen unterstützt; er habe keinen Rückhalt im Volk. Hinter den Taleban stehe hingegen die "ganze Nation". Die Delegation rief die Exilafghanen auf, in ihr Land zurückzukehren. (siehe Interview)

Tschetschenen ausgebildet?

Einer "geheimen Studie" zufolge, die die russische Tageszeitung 'Izwestija' am 12. Mai zitierte, werden tschetschenische Separatisten auch in Afghanistan ausgebildet, u.a. von afghanischen, palästinensischen und aserbaidshianischen Beratern. Bis zum 4. September 1995 habe sich ein Ausbildungslager in der Provinz Herat befunden und sei dann nach Iran verlegt worden. Weitere Lager befänden sich in Warsadsh (Provinz Tokhar), Dshalal-Seradsh (Parwan), wo auch Tadshiken ausgebildet würden, und Al-Khuldan bei Khost. Ein Sheikh Muhammad Ali Ak-

hund bilde außerdem Taleban-Freiwillige aus, die über die Türkei nach Tschetschenien geschickt würden. Im Dezember 1995 sei ein Ausbildungslager für Tschetschenen und Tadshiken auch in Pakistan gebildet worden, hieß es weiter. Dort seien ägyptische und sudanesishe Ausbilder tätig.

Flüchtlingsprotest

Tadshikische Flüchtlinge im Lager Sakhi in der nordafghanischen Provinz Balkh kündigten gegenüber dem UNHCR Proteste an, wenn es seine Hilfe nicht sechs Monate lang fortführe, berichtete Ende Mai der Oppositionssender 'Stimme des Freien Tadshikistan'. Die Nahrungsmittelhilfe sei bereits eingestellt, andere Hilfe und Arbeitsprogramme sollen folgen. Dem Sender zufolge habe das UNHCR die Flüchtlinge aufgefordert, entweder nach Tadshikistan zurückzukehren oder die afghanische Staatsbürgerschaft zu beantragen.

UN-Vermittler zurückgetreten

Die UNO gab am 28. Mai den Rücktritt ihres Afghanistan-Gesandten Mahmud Mestiri, ehemaliger Außenminister Tunesiens, aus "gesundheitlichen Gründen" bekannt. Diplomatischen Quellen zufolge habe Mestiri in der starken Kritik Washingtons gestanden. Denselben Angaben zufolge habe der deutsche Diplomat Norbert Holl, derzeit Leiter der Südasiens-Abteilung im Auswärtigen Amt, die besten Chancen auf das Amt. Es gebe jedoch auch ablehnende Stimmen, da mit Gerd Dietrich Merrem in Tadshikistan bereits ein weiterer deutscher UN-Beauftragter in der Region tätig ist.

Anti-Minen-Demonstration

Tausende Demonstranten forderten am 30. Mai in Kabul, Handel, Verbreitung und Einsatz von Minen zu verbieten. Der Protestzug endete vor der UNO-Vertretung. Schätzungen zufolge liegen in Afghanistan noch 10 bis 40 Millionen Landminen. Den Organisatoren des Protests zufolge wird stündlich ein Afghane Opfer von Minen.

Statistik des Krieges

Laut Jahrbuch '96 des Stockholmer Friedensforschungsinstituts 'SIPRI' über die weltweiten Kriegsschauplätze starben 1995 in Afghanistan 1.000 Menschen (keine Angaben für die Gesamtdauer des Krieges) und in Tadshikistan 500 (50.000).

Wakhan-Straße geplant

Pakistan will von Chitral in seiner

Nordwest-Grenzprovinz (NWFP) aus durch den afghanischen Wakhan-Korridor eine 200-km-lange Straße nach Tadshikistan bauen. NWFP-Chefminister Aftab Ahmad Khan Sherpao rechnet mit dem baldigen Baubeginn. Sobald die drei Länder ein Abkommen darüber unterschrieben hätten, sollten ausländische Finanziere für das 314-Millionen US\$-Projekt gesucht werden.

Impfkationen

Internationale Hilfsorganisation haben die afghanischen Fraktionen erfolgreich zu einem fünftägigen Waffenstillstand beginnend am 16. Juni aufgerufen, um eine Impfkampagne an Kindern und Frauen durchzuführen. Der Waffenstillstand wurde offenbar von allen Seiten eingehalten, zumindest um Kabul. Es ist allerdings unklar, ob das auch für die anderen Gebiete Afghanistans galt.

Laut UNICEF in Genf wollte das UN-Kinderhilfswerk zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und zahlreichen nichtstaatlichen Gruppen bis zum 20. Juni drei Millionen Kinder unter fünf Jahren gegen Kinderlähmung und eine Million Mütter gegen Tetanus und Typhus impfen. Weitere 500.000 Babys sollten Immunisierungen gegen Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus und Masern erhalten. UNICEF hoffte, dabei 70 bis 80 Prozent aller afghanischen Kinder zu erreichen. Eine zweite Impfwache ist für Juli vorgesehen. Den Hilfsorganisationen wurde erlaubt, 15.000 Menschen von außerhalb Kabuls zu den Impfzentren zu holen. In Kabul selbst ging die Impfkampagne gut voran. Hunderte von Müttern bildeten an einem der Zentren in einem Neubaublock lange Schlangen in der heißen Sonne.

Der Gesundheitszustand von Frauen und Kindern ist UNICEF zufolge nach 16 Kriegsjahren sehr schlecht. Das Land hat die zweithöchste Müttersterblichkeitsrate der Welt nach Sierra Leone. 17 von 1.000 afghanischen Frauen sterben bei der Geburt ihres Kindes. Außerdem sterben 300.000 Kinder in Afghanistan jährlich an vermeidbaren Krankheiten. Das liegt vor allem am Krieg, denn die Hilfsorganisationen können nicht die ländlichen Gebiete erreichen, weil die Straßen vermint oder anderweitig unterbrochen sind. So sind sie auf die Zusammenarbeit mit den Fraktionschefs angewiesen. Es ist bereits das vierte Mal, daß die Hilfswerke innerhalb von vier Jahren eine solche Waffenruhe erreichen konnten.

Nach deren Ablauf kehrte allerdings wieder der "Normalzustand" ein: Bei einem Raketenangriff am Sonntag auf den Süden Kabuls kamen neun Menschen um und fünfzehn wurden verletzt. Augenzeugen zufolge soll die Anzahl der

Toten sogar doppelt so hoch sein. Die Geschosse seien unter anderem in eine Schule, wo sie einen Lehrer und einen Schüler töteten, sowie an einer Bushaltestelle eingeschlagen. Bereits am Vortag sollen 24 Menschen durch einen Artillerieangriff umgekommen sein. Die Regierung in Kabul machte die Taleban für beide Angriffe verantwortlich.

Keine Zwangsrückführung

Die iranischen Behörden haben zugesagt, daß kein afghanischer Flüchtling gegen seinen Willen in seine Heimat zurückgeschickt wird. Das teilte Afghanistans Vizepremier Seyyed Ali Dshawed laut BBC vom 17. Juni mit. Außerdem würden die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für Afghanen in Iran gelockert. Iran hatte vor einigen Wochen angekündigt, die Aufenthaltserlaubnis von einer Million Afghanen aufzuheben und sie binnen zwölf Monaten in ihr Land zurückzuschicken.

"Schlächter von Mazar" tot

Rasul Pahlawan, der wichtigste Kommandeur des usbekischen Warlords Abdurraschid Dostam in Nord-Afghanistan, ist zusammen mit mehreren seiner Leibwächter am Abend des 24. Juni in Mazar-e Scharif überfallen und getötet worden, als er aus seinem Büro nach Hause fahren wollte. Dies berichteten afghanische und diplomatische Quellen in Pakistan. Pahlawan, der den Beinamen "Schlächter von Mazar" trug, galt als Gegner einer Aussöhnung mit dem Rabbani-Regime in Kabul.

Friedenspakt besiegelt Allianz der "Erzfeinde"

Unter Raketensalven der Taleban, die mindestens 44 Menschen töteten, wurde am 26. Juni in Kabul Gulbuddin Hekmatyar, Chef der "Islamischen Partei", als neuer Ministerpräsident vereidigt. Er war erst am gleichen Tag in der Stadt eingetroffen und wird nun unter seinem bisherigen Erzfeind, dem Interimspräsidenten Rabbani, amtieren. Hekmatyar kündigte Wahlen in den nächsten sechs bis zwölf Monaten an. Unmittelbar nach seiner Amtseinführung kündigte die EU neue humanitäre Hilfe in Höhe von 13,5 Millionen Mark für Afghanistan an.

Am 2. Juli reiste Rabbani aus Kabul ins ostafghanische Dshalalabad. Dort will er Gespräche mit den Mudshahedin-Führern Yunus Khales, Muhammad Nabi Muhammadi, Sebghatullah Mudshadedi und Seyyed Ahmad Gailani führen, um sie ebenfalls zur Regierungsbeteiligung in Kabul zu überreden. Er plane, danach auch Dostam und Khalili von der schiiti-

schen 'Hezb-e Wahdat' zu treffen.

Rabbani und Hekmatyar hatten am 24. Mai in Kabul ihr neues Bündnis mit einem "Friedenspakt" besiegelt. Vier Tage zuvor hatten sie sich erstmals seit vier Jahren in einem kleinen Ort östlich von Kabul persönlich getroffen. Das Abkommen beinhaltet einen Sechs-Punkte-Plan, der u.a. die Bildung einer neuen Übergangsregierung, die Durchführung von Wahlen sowie die Errichtung einer "islamischen Ordnung". Ferner solle die nationale Einheit des Landes verteidigt werden und eine islamische Armee gebildet werden. An der feierlichen Unterzeichnung in Kabul nahmen auch Rabbanis Militärführer Massud und sein Verbündeter Abdurrabb Rassul Sayyaf teil. Ein Taliban-Sprecher erklärte in Pakistan, das Abkommen sei nur dazu da, die Afghanen hinter Licht zu führen. Seine Bewegung werde den Kampf gegen die Regierung fortsetzen. Rabbani kündigte an, er wolle nun auch die drei bisher mit Hekmatyar im Obersten Koordinierungsrat der Islamischen Revolution verbündeten Parteien in das Abkommen einbeziehen. Bei einem Treffen mit Irans Vizeaußenminister Borudshardi in Kabul erklärte Rabbani, die Gespräche mit Hekmatyar wären "ohne Vermittlung des Iran niemals zustande gekommen".

Bereits am 3. Mai hatten in Dshalalabad die vier Parteien 'Hezb-e Islami' (Hekmatyar), 'Hezb-e Wahdat' (Khalili), 'Dshombesch-e Melli' (Gailani) und die 'Dshebha-ye Nedshat-e Melli' (Modshadedi) direkte Verhandlungen mit Rabbani beschlossen.

Offensive der Regierungstruppen

Nur einen Tag nach der Unterzeichnung des Rabbani-Hekmatyar-Pakts starteten die Regierungstruppen eine neue Offensive gegen die Taliban. Sie seien dabei erstmals von Kämpfern Hekmatyars unterstützt worden. Die Luftwaffe habe Taliban-Stellungen südöstlich sowie östlich Kabuls in der Provinz Logar angegriffen. Zehn Panzer sowie Luftabwehrraketen seien erbeutet, 70 Taliban getötet worden, hieß es aus Kabul.

In der zentralafghanischen Provinz Ghor gelang es den Taliban hingegen, eine weitere Regierungsoffensive abzuwehren. Sie eroberten am 30. Mai die Stadt Tschaghtscharan, Zentrum der Provinz Ghor. Einem ihrer Sprecher in Peshawar zufolge seien dabei 50 Regierungssoldaten getötet und 100 gefangengenommen worden.

Bereits im Mai hätten Angaben aus

Kabul zufolge Regierungstruppen die Distrikte Tschak und Dai-Mirdad in der Provinz Wardak südwestlich von Kabul von den Taliban zurückerobert. Zwischen diesem Gebiet und Kabul befindet sich das Taliban-Hauptquartier Maidan-schahr. Die Taliban sollen auch weiter die strategisch wichtige Straße Kabul-Kandahar kontrollieren, die durch den Osten Wardaks führt.

Flucht nach Afghanistan?

Usama ibn Laden, der in den 80er Jahren im Auftrag der saudischen Regierung im pakistanischen Peshawar die Entsendung arabischer Freiwilliger für den Afghanistan-Krieg koordinierte und finanzierte, soll sich eventuell nach Afghanistan abgesetzt haben. Ihm werden enge Verbindungen zu Gulbuddin Hekmatyar nachgesagt. Dem Angehörigen einer reichen saudischen Familie war vor drei Jahren die Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Er lebte seitdem in Khartum (Sudan), von wo aus er auch oppositionelle saudische Gruppen unterstützt haben soll. Ibn Laden wird auch mit dem jüngsten Bombenanschlag im saudischen Dhahran in Verbindung gebracht.

Porträt des neuen Ministerpräsidenten Gulbuddin Hekmatyar

von Thomas Ruttig

"Sobald die ausländische Einflußnahme aufhört, wird der Frieden in Afghanistan wiederhergestellt werden." Als Gulbuddin Hekmatyar, der islamistische Mudshahedin-Chef, dies 1988 sagte, meinte er natürlich nicht sich selbst und seine ISI- und CIA-Connection. Immerhin hatte er während der sowjetischen Besetzung pakistanischen Geheimdienstangaben nach etwa 20 Prozent der drei Milliarden Dollar erhalten, die die CIA mindestens in den Kampf der Mudshahedin gegen die sowjetischen Truppen pumpte. Jahrelang war Hekmatyar ihr Favorit, mit seiner straff organisierten 'Islamischen Partei Afghanistans' und seiner engen Verbindung zu Pakistans Militärgeschäftsdienst ISI, die bereits Mitte der 70er Jahre entstanden sein soll. Die gute Partnerschaft mit Washington endete erst, als der eigensinnige Hekmatyar im Golfkrieg ausgerechnet die Seite Saddam Hussains ergriff. Bereits Mitte der 80er Jahre hatte er Washington brüskiert, als er ein Treffen mit dem damals amtierenden Ronald Reagan ablehnte. Begründung: Man

würde dann denken, er sei von Amerika abhängig. Doch zusammen mit den Einkünften aus dem großangelegten Heroinhandel haben gerade die CIA-Millionen Hekmatyar zu einem der Handvoll Hauptgewinnler aus dem mittlerweile fast zwanzig Jahre dauernden Afghanistankrieg gemacht.

Erneut war es ausländischer Einfluß, der ihn jetzt schon zum zweiten Mal seit dem Sturz des prosovietischen Präsidenten Nadshibullah 1992 zum Ministerpräsidenten einer Mehrparteienregierung der Mudshahedin in Kabul machte. Die Ausöhnung von Ende Mai mit Präsident Burhanuddin Rabbani kam unter iranischem Druck zustande.

Seine erste "Amtszeit"

